

Vorlage Nr.:

Verantwortlich: **Dez. 1**

Dienststelle: **ON Neureut**

Antrag der GRÜNE-Ortschaftsratsfraktion auf Sachstandsanfrage und Vorberation in einem Ausschuss zum Umsetzungsstand „Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Neureut 2020“ als Basis für eine „Zukunftsvereinbarung Neureut“

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Ortschaftsrat	12.03.2024	öffentlich	

Kurzfassung

Antrag der GRÜNE-Ortschaftsratsfraktion auf Sachstandsanfrage und Vorberation in einem Ausschuss zum Umsetzungsstand „Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Neureut 2020“ als Basis für eine „Zukunftsvereinbarung Neureut“

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Grüne Fraktion Ortschaftsrat Neureut

Fraktionsvorsitzender
Hubert Kast
hubert.kast@web.de
Tel: 0178 21953891



Karlsruhe, den 26. Juni 2024

Antrag auf Sachstandsanfrage und Vorberatung im Ausschuss

Umsetzungsstand „Integriertes Stadtteilentwicklungs-konzept Neureut 2020“ als Basis für eine „Zukunftsvereinbarung Neureut“ und Vorberatung in einem Ausschuss

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortschaftsrat Neureut schlägt vor:

- (1) Einen Ausschuss für die Vorberatung einer „Zukunftsvereinbarung Neureut“ ins Leben zu rufen.
- (2) Einen Sachstandsbericht bezüglich des Umsetzungsstands des „Integrierten Stadtteilentwicklungskonzepts Neureut 2020“ zu erarbeiten.

Begründung:

In der Sitzung des Neureuter Ortschaftsrats am 07. Mai 2024 zum Thema „Eingliederungsvertrag und Zuständigkeitskatalog der Ortsverwaltung Neureut“ hat der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, eine Art „Zukunftsvereinbarung“ ins Spiel gebracht, in der künftige Projekte in Neureut, für beispielsweise die nächsten 10 bis 15 Jahre, festgehalten werden sollen.

Die Fraktion der Grünen im Ortschaftsrat Neureut unterstützt das Vorgehen und schlägt vor, eine solche Zukunftsvereinbarung proaktiv im Ortschaftsrat bzw. in einem Ausschuss vorzubereiten.

Zur Vorbereitung beantragen wir darüber hinaus, einen Sachstandsbericht des „Stadtteilentwicklungskonzepts Neureut 2020“ zu erstellen, welches im Jahr 2014 auf Initiative der Ortsverwaltung und unter Beteiligung von 220 Neureuter Bürger*innen erarbeitet wurde. Die nicht umgesetzten Punkte könnten als Ausgangsbasis einer Themenliste der Zukunftsvereinbarung dienen.

Dabei soll nicht jeder einzelne Punkt im Detail neu evaluiert werden, sondern je Themenfeld die Kernpunkte aus heutiger Sicht betrachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen,
Fraktion „Bündnis 90 / die Grünen“ im Ortschaftsrat Neureut

Hubert Kast

Siglinde Andor

Petra Sander

Karin Heidke

Bernd Kalusche

Monika Junker

Vor knapp neun Jahren hat der Gemeinderat das Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept (STEK) Neureut beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Finanzmitteln beauftragt. Das Amt für Stadtentwicklung hat die betroffenen Dienststellen zum damaligen Maßnahmenkatalog und den in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich liegenden Projekten sowohl zu den Entwicklungen beziehungsweise dem aktuellen Umsetzungsstand angefragt. Sobald die Ergebnisse vorliegen, kann im entsprechenden Ausschuss über die noch offenen Maßnahmen beraten werden.

Die Verwaltung empfiehlt Verweis in den Ausschuss für Planungs- und Bauprojekte zur weiteren Beratung.

1. Der Ortschaftsrat beschließt über den Antrag.